

Pressedienst
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Rat der Stadt Osnabrück
Bierstr. 28
49074 Osnabrück
Tel.: 0541 / 323-3130



PRESSEMITTEILUNG vom 12.02.2021

Defizite im Winterdienst müssen im Rathaus aufgearbeitet werden

GRÜNE: „Verständnis für Kritik, Respekt für die Mitarbeitenden“

Die GRÜNEN äußern Verständnis für die wachsende Kritik vieler Bürger*innen an den großen Defiziten beim Winterdienst und dem Ausfall städtischer Dienstleistungen, wie Müllabfuhr und Busverkehr. „Dass auch fünf Tage nach den starken Schneefällen einige öffentliche Fußwege, Radwege und Nebenstraßen immer noch nicht geräumt sind, ist für den Alltag vieler Menschen ein großes Problem. Deswegen haben wir viel Verständnis für die Kritik - zugleich aber auch einen Riesen-Respekt für die Mitarbeitenden des OSB. Diese sind derzeit Tag und Nacht im Einsatz“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Volker Bajus.

Die GRÜNEN wollen, dass die Probleme im Rathaus aufgearbeitet werden. Mit Rücksicht auf die Kosten für die Gebührenzahler*innen könne man zwar nicht für jeden extremen Wintereinbruch gewappnet sein und entsprechend Material, Fahrzeuge und Personal vorhalten. „Wir müssen aber auch sehen, dass wegen der Klimakrise Extremwetterlagen zunehmen. Osnabrück muss klimafester werden, denn, dass die Nutzung des öffentlichen Raumes tagelang eine ernsthafte Gefahr für viele Menschen darstellt, ist nicht ok. Wir glauben, dass die Räumstrategie und die Prioritäten auf den Prüfstand gehören, da passt manches nicht“, so Bajus.

Natürlich müssten die Straßen, z.B. für den Rettungsdienst, die Polizei und mobile Pflegedienste frei sein. Aber gelte das auch für die zweite und dritte Fahrspur? So müssen aus Sicht der GRÜNEN alle öffentlichen Fußwege und die Bushaltestellen eher geräumt werden. Das erwarte man schließlich auch von den privaten Anliegern. Da gelte es für die Stadt, Vorbild zu sein. „Was überhaupt nicht geht: Dass Fußgängerüberwege mit

Schneemassen aus der Straßenräumung blockiert werden. Zudem muss auch die Räumung der Radwege schneller erfolgen“, fordert Bajus.